

ULRICH MÄHLERT (BERLIN)

Wie beim unaufhaltsamen Vorwärtsschreiten so mancher auf der Strecke blieb – Der Berliner Kommunist Rudolf Brassat

Am 7. August 1969 richtet der Leiter der Bildungsstätte VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow eine schriftliche Anfrage an die Bezirksparteikontrollkommission der SED, betreffs »Brassat, Rudi, geb. am 31. 7. 05 in Berlin«. Man sei bei Vorarbeiten zu einer Betriebsgeschichte darauf gestoßen, dass im Jahre 1930 eine Delegation des Werkes in einem russischen Betrieb eine Fahne in Empfang genommen und sicher nach Berlin gebracht habe. Mitglied dieser Delegation sei auch der oben genannte Genosse Brassat gewesen. Nun habe jedoch dem Unterzeichner ein Kollege berichtet, dieser hätte Ende der 50er Jahre gehört, Brassat sei aus der Partei ausgeschlossen worden: »Um nichts falsch zu machen, erbitten wir Eure Mitteilung oder Einsicht in die Unterlagen, ob und in welchem Umfang der Name genannt und das Foto verwendet werden kann.«

Am 13. August 1969 notiert Peter Frey für die BPKK handschriftlich auf dem Schreiben: »Nach Einsicht in die Unterlagen wurde Gen. Puder tel. geraten, keinerlei Veröffentlichungen vorzunehmen, die auf die Person d. Br. aufmerksam macht.« Wer war dieser Rudolf Brassat, der im 20. Jahr der DDR kurzer Hand zur Unperson erklärt wurde?

»Als Sohn eines Arbeiters geboren. Besuchte die Volksschule. 1919 kam ich in die Lehre zur Erlernung des Maschinenbauhandwerks. Mit meinem Eintritt in die Fabrik trat ich als 14jähriger dem Deutschen Metallarbeiter Verband bei und auch dem kleinen Kreis Jugendlicher der Freien Sozialistischen Jugend. Gruppe Nord-Ost, Kreis Nordring. Mit dem Aufbau des K. J. V. D. ununterbrochen Funktionär, Gruppenkreisleiter und B. L. Mitglied, besonders im Bezirk Berlin-Weißensee. 1924 trat ich in die KPD ein, wurde Abteilungsleiter des Bezirkes in dem ich heute noch wohnhaft bin. Später gehörte ich durch meinen Beruf verschiedenen Betriebszellen an. Meine Lehrzeit musste ich nach 3 ½ Jahren aufgeben, wegen meiner politischen Tätigkeit und lernte im Autobau Alexis Kellner Charl. weiter. Meine Arbeit in der N[ationale].A[utomobil].G[esellschaft]. Bln. Oberschöneweide im Jahre 1926 führte zur besseren Zusammenarbeit der Gen. im A. E. G. Konzern und der Schwester Betriebe. Als Zellenleiter der Partei der N. A. G. wurde ich Parteileiter des A. E. G. Konzerns. [...] Ich organisierte die [handschriftliche Unterstreichungen im Dokument durch einen Dritten, U.M.] Herausgabe der bekanntem A. E. G. Betriebszeitung der »Scheinwerfer. In dieser Zeit erhielt ich im D. M. V. 1 Jahr Redeverbot und wurde später ausgeschlossen.

[...] 1929 bekam ich den Auftrag in der Abt. Agi. tätig zu sein, Ressort Betriebspresse und Internationale Arbeiter-Korrespondenten Verbindung. In dieser Zeit konnte ich auch mehrere Male die S. U. bereisen. Auch war ich als Beauftragter und Referent des Z. K. in mehreren Bezirken tätig. Mit dem Aufbau der R. G. O. kam ich als Bezirksleiter nach Thüringen. Ausgang 1932 wurde ich als Referent nach Süddeutschland geschickt. Anfang 1933 kam ich als Ang. in die B. L. Berlin-Brandenburg. Am 13. Juni 1933 verhaftet. Gefängnis, Zuchthaus, K. Z. folgte. 1937 nach meiner Entlassung bekam ich Arbeit als ungelernter Arbeiter bei der Deutschen Fernkabel Gesellschaft Berlin. 1938 wurde ich auf Verlangen der Gestapo entlassen. Nach 4 Wochen Arbeitslosigkeit wieder eingestellt mit den üblichen Ermahnungen. 1942 ereignete sich dasselbe. Und am 15. Februar 1943 wurde ich als Wehrunwürdiger mit 635 Mann aus Berlin nach dem Heuberg gebracht. Verbannt auf der Insel Rhodos nahm ich aktiven Anteil an der Organisierung des Zusammenhaltes u. der polit. Information unserer Gen. Mit der Kapitulation gingen wir in die Englische Kriegsgefangenschaft, um von jetzt an offen als Antifaschisten aufzutreten. Meine Tätigkeit sollen die Genossen, die mit mir arbeiteten bezeugen. (Zeuge Gen. Erwin Lenz, Bln. S. W. 29, Diefenbachstr. 17 bei Wolf). Bis zur Rückkehr nach Deutschland war ich aktiv tätig für die Aufklärung der Kriegsgef. für den Sozialismus für die Einheit der Arbeiterklasse für die SED. Berlin, 6. Dezember 1946, Rudolf Brassat, Bln. N. O. 55, Naugarderstr. 14«

Mit diesem handschriftlich verfassten Lebenslauf meldet sich der damals 41-jährige Rudolf Brassat, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft bei seiner Partei zurück. In den eineinhalb Jahre seit Kriegsende war Brassat dazu verdammt gewesen, untätig in einem Kriegsgefangenenlager in Ägypten zu sitzen. Nur spärliche Nachrichten, noch dazu gefiltert durch die Zensur der Briten hatten dort vom politischen Neuanfang im Vierzonendeutschland gekündet, den mitzugestalten damals wohl Brassats sehnlichster Wunsch gewesen sein dürfte. Nun gilt es, im neuen Deutschland einen Platz zu finden, der ihm und der Partei angemessen erscheint. Brassats Lebenslauf, der eingangs gerafft wiedergegeben wurde, empfiehlt ihn durchaus für verantwortliche Positionen in der SBZ. Sein Verhalten im Dritten Reich war tadellos. Davon können auch Haftkameraden Zeugnis ablegen, die mittlerweile in der Nomenklatur der KPD/SED in höchste Positionen aufgestiegen sind und die von Brassat als Leumundszeugen benannt werden, darunter der FDGB-Vorsitzende Hans Jendretzky und Ottomar Geschke, der im Juni 1945 den KPD-Gründungsaufruf mit unterzeichnet hatte.

Auch zum Jahreswechsel 1946/47 sind dem längst von den Kommunisten dominierten SED-Apparat alle in der Praxis bewährten Kader willkommen. Indes ist die akute Personalnot des ersten Nachkriegsjahres abgeklungen und so kann man sich mehr Zeit lassen, Heimkehrer auf deren Zuverlässigkeit zu überprüfen.

Also wird Brassat Anfang 1947 zunächst lediglich auf Wohnbezirksebene im Prenzlauer Berg als Politischer Leiter und Instrukteur eingesetzt. Rasch sorgt dann jedoch sein einstiger Haftkamerad Jendretzky dafür, dass Brassat zunächst beim FDGB-Bundesvorstand und schließlich – auf Beschluss des SED-Zentralsekretariats – zum 1. Juni 1947 als Gewerkschaftsredakteur in der Redaktion des *Neuen Deutschland* eingesetzt wird. Die handschriftlichen Unterstreichungen im oben zitierten Lebenslauf Brassats illustrieren die Prinzipien der damaligen Kaderpolitik. Doch offenkundig wird das journalistische Geschick Brassats im SED-Zentralorgan gering geschätzt. Bereits zwei Wochen später fordert der Chef vom Dienst, Sepp Schwab, die sofortige Ablösung Brassats. Aus dem Briefwechsel zwischen der ND-Chefredaktion und der Personalpolitischen Abteilung der SED-Führung wird deutlich, dass deren Leiter Franz Dahlem dieser Feststellung nicht ohne weiteres Glauben schenken will und weitere Begründungen verlangt. Schließlich hat man im August 1947 ein Einsehen.

Ende September 1948 wird Brassat zunächst zum 4. Halbjahreslehrgang der SED-Parteihochschule nach Kleinmachnow delegiert. Kurz vor dessen Ende ruft ihn das Kleine Sekretariat der SED in die Organisationsabteilung des Parteiapparats ab, sein dortiges Aufgabenfeld wird die Betriebsgruppenarbeit. Die Parteihochschule gibt Brassat im März 1949 ein gutes Zeugnis mit auf den Weg. Ihm wird bescheinigt, anfangs vorhandene theoretische Defizite überwunden zu haben. Man konzidiert ihm »politischen Scharfblick«, sieht ihn weniger auf theoretischem als auf politisch-praktischem Gebietentwicklungsfähig. Im Weiteren heißt es in der Beurteilung der PHS: »Ideologisch ist er klar. Sein inneres Verhältnis zur Partei ist gesund und fest. Sein Klassenbewusstsein ausgeprägt. Sein moralisches Verhalten war vorbildlich. [...] Er versteht, eine Organisation zu leiten. Manchmal bringt er sein stark entwickeltes Selbstbewusstsein in einer Form zum Ausdruck, die ihn äußerlich als engstirnig und rechthaberisch erscheinen lässt. Er hat ausgezeichnete agitatorische Fähigkeiten und kann begeisternd und mitreißend auf andere wirken. Für Agitation und organisatorische Aufgaben sehr gut geeignet.« Für Brassat und seine Umgebung erscheint es zweifelsfrei, dass der 44-jährige Kommunist in zunehmend verantwortungsvolleren Positionen an der sozialistischen Umgestaltung mindestens des halben Deutschlands mitarbeiten wird.

Welche politische Vergehen – ja »Verbrechen« – muss jener Rudolf Brassat in der Folgezeit begangen haben, damit er zwei Jahrzehnte später im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer banalen Betriebsgeschichte eines Berliner VEB zur Unperson erklärt wurde? Im Landesarchiv Berlin befinden sich drei umfangreiche, unpaginierte Aktenbände, die nach 1990 mit den Beständen der Berliner SED-Landes- bzw. Bezirksleitung dorthin gelangt sind. Die drei Akten mit der Signatur »LAB C Rep. 902-01 L-2/4/ Bd. 540 bis Bd. 542« stammen aus der Überlieferung der SED-Bezirksparteikontrollkommission. Als »Parteipolizei« suchten die Kontrollkommissionen auf allen Ebenen der SED nach tatsächlichen,

meist aber vermeintlichen inneren Feinden oder Abweichlern, die gemäßregelt, ausgeschlossen und in den 50er Jahren nicht selten auch dem MfS oder der Justiz übergeben wurden. Vergleichsweise schmal ist die Kaderakte, die Rudolf Brassat in den Beständen des einstigen Zentralen Parteiarchivs der SED hinterlassen hat. »SAPMO, BArch, DY 30: IV 2/11/v2999« lautet deren Signatur. Schließlich geben bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin archivierte Akten über Rudolf Brassat Auskunft. In der Akte »BStU, HA XI/11, SV 1/81, Bd. 119« findet sich das Urteil, das der NS-Volksgerichtshof 1934 gegen Rudolf Brassat gefällt hat sowie Auszüge aus den Ermittlungsunterlagen. Die Akte »BStU, BV Pdm A/M 35/52 P Rudolf Brassat« stellt formal eine IM Akte dar, hatte dieser sich doch im Juni 1950 als »Informator« verpflichtet. Bereits im September 1951 brach das MfS seine Verbindung mit dem Informator »Brase« ab, der – wie es im entsprechenden Beschluss des MfS hieß – »nicht für uns gearbeitet hat«. Tatsächlich dokumentiert das Aktenkonvolut die Überwachung Brassats durch das MfS in den 50er Jahren.

Das halbe Dutzend Akten, das in den drei genannten Berliner Archiven zu finden ist, spiegelt mehr als nur die Biographie Rudolf Brassats wider. Vielmehr erweist sich der weitere Lebensweg Brassats für zentrale Aspekte der SED-Geschichte – nicht nur – in den 50er Jahren als symptomatisch, wie im Weiteren zu lesen sein wird.

Der erste Karriereknick

Nach seiner Rückkehr in den zentralen Parteiapparat füllt Rudolf Brassat am 12. Juli 1949 mittlerweile zum wiederholten Male für die Partei einen Fragebogen aus. Unter die Frage 26, die die Kriegsgefangenschaft betrifft, notiert Brassat: »Mai 1945 englische Kriegsgefangenschaft in Ägypten. Antifaschistische Tätigkeit Lager 306. Durch Beschluss unserer Parteiorg. des Lagers 306 mit 11 Genossen Teilnehmer der Schule im Wiltonpark in England im Oktober u. November 1947«. Auch ohne die falsche Datierung, die von dritter Seite im Lebenslauf sofort durch handschriftliche Unterstreichung und ein Fragezeichen hervorgehoben wird, hätte diese Angabe, die in dieser Form erstmals in der Kaderakte auftaucht, zum damaligen Zeitpunkt die Aufmerksamkeit der Kaderabteilung gefunden.

Im Sommer 1949 stehen die kommunistischen Parteien vor einer großen Säuberungswelle, die wenig später in Ungarn und Bulgarien mit Schauprozessen ihren ersten Höhepunkt finden sollte. In allen ostmitteleuropäischen Staaten werden der Partei- und Staatsapparat von Rückkehrern aus westlicher und jugoslawischer Kriegsgefangenschaft sowie zunehmend auch aus dem westlichen Exil »gesäubert«. Ende August fordert die Abteilung Personalpolitik Brassat schriftlich auf, Informationen über die von ihm in der Kriegsgefangenschaft besuchten Schulen

und Kurse nachzureichen. Brassat, der diese Anfrage erst nach längerer Krankheit im Büro vorfindet, übermittelt am 23. November eine vergleichsweise lapidare Antwort. Er verweist darauf, Franz Dahlem bereits im Dezember 1946 in Anwesenheit dessen persönlichen Mitarbeiters Hans Seigewasser mündlich und schriftlich über die Wiltonpark Schule unterrichtet zu haben.

Offenbar zählt Brassat nicht zu den eifrigen Lesern der *Täglichen Rundschau*. Das sowjetische Zentralorgan für Deutschland hatte am 21. November, also zwei Tage vor Brassats Stellungnahme, Wiltonpark als Agenten-Schule bezeichnet, in der der kurz zuvor verhaftete sachsen-anhaltinische Minister Willi Brundert für den englischen Geheimdienst angeworben worden sei.

Ob Brassat im November/Dezember 1949 ahnt, was sich da gegen ihn zusammenbraut? Offenbar nicht. Aus seiner Kaderakte geht hervor, dass selbst Paul Verner, Brassats unmittelbarer Vorgesetzter in der Org.-Instrukteurabteilung noch am 9. Dezember für ihn eine Gehaltserhöhung beantragt und dabei darauf verweist, dass Brassat »zu den qualifiziertesten Kräften der Abteilung« zähle.

Mitte Dezember mag Brassat erstmalig der Ernst der Lage bewusst werden, als er von Philipp Daub zu einem Gespräch in die Kaderabteilung einbestellt wird, an dem auch Bruno Haid und Paul Verner teilnehmen. Man eröffnet ihm, dass er nicht – wie von einigen seiner Kollegen vorgeschlagen – SED-Betriebsgruppensekretär in der Org-Instrukteurabteilung werden könne, da er in seinem Lebenslauf vom 6. Dezember 1946 den Besuch der Wiltonpark-Schule verschwiegen habe. Vermutlich unmittelbar nach diesem Gespräch formuliert Brassat ein selbstbewusstes Schreiben an den Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern, das am 13. Dezember in dessen Büro eingeht. »Ich beantrage zur Untersuchung und grundsätzlicher Feststellung, ob ich Mitarbeiter des Parteivorstandes oder in anderen Funktionen tätig sein darf, weil ich an einem 6-Wochen-Kursus in Wiltonpark in England, im Oktober 1946 teilgenommen habe,« geht Brassat gleich zu Beginn des Schreibens in die Offensive. Er merkt folgerichtig an, dass ein Genosse, dem aus den genannten Gründen die Funktion des Betriebsparteisekretärs verwehrt sei, wohl schlechterdings als Mitarbeiter im Parteivorstand verbleiben könne. Im Weiteren erläutert er nochmals die Hintergründe, die ihn und andere nach Wiltonpark geführt hatten, und verweist auf den Umstand, dass für ihn damals ausschlaggebend gewesen sei, sich und seine Genossen nicht nur politisch auf die Heimkehr vorzubereiten, sondern alles zu tun, um diese Rückkehr zu beschleunigen. »Die 6 Wochen Schule in Wiltonpark, war für mich bei Abfassung meines Lebenslaufs, am 6. Dezember 1946 nicht bedeutungsvoll. Die Bedeutung dieser Schule ist erst jetzt in Erscheinung getreten, nachdem eine Reihe von Agenten des englischen Geheimdienstes in unserer Partei aufgedeckt werden konnten.«

Brassats offenkundige Annahme, dass nichts so heiß gegessen wie gekocht wird und dass die – aus seiner Sicht – Bagatelle eines sechswöchigen Schulbesuches in

England nicht seine gesamte politische Biographie und unerschütterliche Parteitreue in Frage stellen kann, erweist sich alsbald als Fehleinschätzung. Am 30. Januar beschließt das Sekretariat des SED-Parteivorstandes, Brassat aus seiner damaligen Funktion im Parteiapparat abzuziehen und ihn in Berlin als Sekretär einer SED-Kreisparteiorganisation einzusetzen. Offenkundig gibt es in der Parteiführung nach wie vor namhafte Funktionäre, die keinen Zweifel an der Integrität des Genossen Brassat hegen. Am 17. Februar 1950 fragt Hans Jendretzky, mittlerweile der Berliner SED-Parteichef, bei Fritz Reuter, einem Sekretär seiner SED-Landesleitung, nach, ob der Beschluss des »SED-Politbüros« (sic!) über die weitere Verwendung Brassats im Kreismaßstab umgesetzt worden sei, »oder ob wieder neue Schwierigkeiten« entstanden sind. Reuter antwortet tags darauf unschriftlich auf der Hausmitteilung, dass Horst Sindermann mittlerweile »kameradschaftliche Rücksprache mit B. [gehalten habe,] um ihn zu überzeugen in Berlin als Kreissekretär zu arbeiten. Anscheinend voreilig entschieden. Es soll unter keinen Umständen der Eindruck der Bestrafung des B. entstehen.«

Doch in einer Situation, da Moskau auf Säuberungen drängt und Brassat zugleich offenkundig alles andere als Verständnis für die ihn betreffende Entwicklung zeigt, kann Jendretzky seinem einstigen Zellengenossen nur noch sehr bedingt helfen: Am 1. März geht bei ihm ein Schreiben der Kaderabteilung ein, in dem es heißt, dass Brassats Verwendung als Kreissekretär nicht mehr verantwortet werden kann. Gegen ihn liege konkret folgendes vor: »1. B. hat in der letzten Zeit dem Alkohol zu viel zugesprochen. 2. Genosse B. hat keinerlei Verständnis für seine Entfernung aus dem Parteiapparat des Parteivorstandes gezeigt, was immerhin zu bedenken gibt. Genosse B. hat an einem Schulungskurs in Wilton-Park teilgenommen. Gen. B hat es auch selbst abgelehnt, in Berlin zu arbeiten. Es besteht die Absicht, ihn in einem mittleren Betrieb als Kulturleiter – nicht als Kulturdirektor – zu verwenden.«

Vom Zentrum an die Peripherie

Einen Monat später, am 2. April 1950 teilt die Kaderabteilung des SED-Parteivorstandes dem Karl-Marx-Werk Potsdam-Babelsberg mit, dass Rudolf Brassat dort auf Beschluss der SED-Führung als Kulturleiter eingesetzt wird. Der Kulturleiter bzw. -direktor ist zum einen, im Wortsinne, für die Kulturarbeit im Betrieb zuständig, zum anderen hat er den Produktionswettbewerb zu unterstützen. Und schließlich soll er dem Werkleiter auf die Finger sehen, eine Position, die häufig noch mit Fachleuten besetzt werden muss, die nicht über die erforderliche Parteiverbundenheit verfügen. War es sein Gönner Jendretzky, der dafür sorgte, dass er in Potsdam-Babelsberg schließlich doch noch als Kulturdirektor seinen Dienst antreten kann? Finanziell ist diese Aufgabe alles andere als mit einer

Einbuße verbunden. Sein Gehalt steigt um mehr als das Doppelte auf 1 340 Mark monatlich. Dennoch betrachtet Brassat diese Versetzung offenkundig als persönliche Schmach. Er, der – wie er später des Öfteren betonen würde – an der Seite Ernst Thälmanns gekämpft hatte, der bis in die höchsten Spitzen der SED Vertraute besaß, der es gewohnt war, im Parteiapparat den Finger am Puls der politischen Entwicklung zu haben, ist an die Peripherie verbannt worden. Darüber kann das Gehalt allein nicht hinwegtrösten.

Doch zunächst scheint sich Rudolf Brassat in seiner neuen Aufgabe aufzugehen. Ende September 1950 heißt es in einer Beurteilung, Brassat sei es aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen als Parteifunktionär gelungen, die kulturpolitische Arbeit im Betrieb von Anfang an zu befruchten. Er habe »maßgeblich zur Steigerung des Klassenbewusstseins in der Belegschaft beigetragen«. Zusammenfassend wird konstatiert, »dass sich bisher die Tätigkeit des Genossen Brassat als Kulturdirektor sehr fruchtbringend für unseren Betrieb auswirkt«. Im Rahmen der großen Mitgliederüberprüfung 1950/51 kommt die Kommission, die über Rudolf Brassats Verbleib in der SED zu befinden hatte, Anfang Februar 1951 zu dem Ergebnis, dass dieser »einen lückenlosen Nachweis seiner wirklich parteiverbundenen Tätigkeit« erbringen konnte. Brassat wird als »ideologisch klar und parteiverbunden« eingeschätzt.

Doch schon ein halbes Jahr später, Anfang September 1951, wird Brassat auf Beschluss des SED-Kreissekretariats Potsdam aus seiner Funktion als Kulturdirektor des Lokomotivenwerkes abberufen. Übrigens ohne das ZK der SED vorab darüber zu informieren, das kurze Zeit später indigniert darauf verweist, dass Brassat vom ZK eingesetzt worden und dementsprechend dieses vorab bei einer solchen Kaderentscheidung zu konsultieren sei. Ganz so ernst bewertet die Parteiführung diese personalpolitische Selbstherrlichkeit offenbar nicht. Zwar fordert man Unterlagen an, die den Rausschmiss Brassats begründen. Gleichzeitig bittet man jedoch bereits um die Personalunterlagen eines vom Betrieb als geeignet erachteten Nachfolgers.

Wie kommt es zu diesem unverhofften, neuerlichen Karriereknick? Versucht man das Dickicht der Vorwürfe zu durchdringen, bleibt wenig Konkretes übrig. Brassat war es offenkundig im Verlauf des Jahres 1950 gelungen, sowohl die Werks- als auch die Betriebspartei- sowie Betriebsgewerkschaftsleitung völlig zu dominieren. Nicht weniger selbstbewusst wie selbstherrlich vermochte der routinierte Agitator auf den zahllosen Sitzungen und Versammlungen alle anderen Anwesenden an die Wand zu diskutieren. Dass Brassat trotz der ihm bescheinigten Kompetenz dabei nicht immer das nötige Fingerspitzengefühl besessen haben mag bzw. die Produktivitätsentwicklung des Werkes trotz aller Agitation anhaltend zu wünschen übrig ließ, dürfte in der historischen Rückschau wenig überraschen. Versucht man ein konkretes Datum oder Ereignis zu identifizieren, das den Anfang vom Ende seiner Potsdamer Zeit markierte, dann stößt man auf

den 19. März 1951, dem Tag, an dem Bodo Jahn als neuer hauptamtlicher Betriebsparteisekretär im Karl-Marx-Werk seinen Dienst antrat. Offenkundig hatte Brassat Jahn von Beginn an als Eindringling betrachtet, dem er schon deshalb wenig Respekt entgegenbringen vermochte, weil dieser – Jahrgang 1922 und damit 17 Jahre jünger als Brassat – erst 1947 der SED beigetreten war. In den folgenden Monaten sollte sich zwischen beiden ein Intrigenspiel entwickeln. Das Intrigenspiel war Ausdruck eines Konflikts, der in den 50er Jahren zwischen der Funktionsgeneration, die ihre politische Sozialisation in der Weimarer Republik erfahren hatte, und den SED-Funktionären der HJ- bzw. Wehrmachtsgeneration ausgefochten wurde. Der Konflikt beruhte auf einer von Stalin bereits in der Sowjetunion der 30er Jahre blutig erprobten Praxis, die alten Bolschewisten gegen junge Kader auszutauschen, die keine andere Parteilinie als die damals gültige kennen gelernt hatten, die form- und damit instrumentalisierbarer erschienen. Diese Politik wurde von Walter Ulbricht in den frühen 50er Jahren – wenn auch nicht in gleicher mörderischer Konsequenz – verfolgt. Jene ehemaligen HJler und vor allem Wehrmichtsangehörigen, die durch militärische Disziplin und bittere Fronterfahrungen gegangen waren und in den späten 40er sowie in den 50er Jahren zuhauf erstaunliche berufliche Karrieren gemacht hatten, bildeten über Jahrzehnte eine verlässliche Stütze der SED-Herrschaft. Und so war es kein Zufall, dass sich diese Generation in der Zeit in den Ruhestand verabschiedete, als die SED-Diktatur zunächst in Agonie verfiel und schließlich von der friedlichen Revolution überwunden werden konnte.

Der Kommunist Rudolf Brassat sah jedenfalls im doppelten Sinne »alt« aus, als in dieser Konkurrenzsituation der biographische Makel »Wiltonpark« wie eine Zeitbombe in seiner Kaderakte tickte. In Verbindung mit seiner offenkundig herrischen Persönlichkeit waren Konflikte mehr als vorprogrammiert.

Schritt für Schritt wurden die Verfehlungen und Defizite Brassats zusammengetragen und dies keineswegs nur auf der Betriebsparteiebene. In der bereits erwähnten Stasi-Akte Rudolf Brassats findet sich das erste Dokument, das Mitte Mai 1951 aus seinem Schulbesuch in Großbritannien den Verdacht der Agententätigkeit konstruierte und zudem Brassat Kontakte zu Sozialdemokraten unterstellte.

Doch die vereinten Bemühungen des MfS und des Parteisekretärs Jahn, Brassat konkrete Verfehlungen und Defizite nachzuweisen, bringen nur wenig Brauchbares zutage. So stößt man etwa auf eine Rede Brassats vom 13. Oktober 1950, in der dieser gegenüber der technischen Intelligenz des Lokomotivenwerkes wenig Fingerspitzengefühl zeigte, als er seine Ausführungen mit der Frage begann »Wo sind die Konstrukteure, die an besseren und kräftigeren Maschinen arbeiten?« Damals hatten die Ingenieure des Karl-Marx-Werkes in ihrer Berufsehre gekränkt mit einer nicht minder polemischen Stellungnahme reagiert. Schon schwerer wog die anfängliche Ablehnung des Tarif- bzw. Kollektivvertrages im Juli 1951 durch die Belegschaft. Wenn dieses Thema im weiteren Konflikt kaum

mehr thematisiert wurde, dürfte dies darin begründet gewesen sein, dass diese Schlappe auch auf den Parteisekretär sowie den im Mai 1951 neu bestellten Werksleiter Seikrit zurückgefallen wäre, der mit Jahn an einem Strang zog.

Ein anderer Vorwurf, der damals alltäglich war, bezog sich auf die Verteilung von Geldprämien im Betrieb, mit denen der sozialistische Produktionswettbewerb stimuliert werden sollte. Indes konnte auch hier keine wirkliche Unregelmäßigkeit nachgewiesen werden.

Und so wurde – auf der Suche nach persönlichen Verfehlungen des auf der Abschussliste stehenden Autokraten – tief im Schmutz gewühlt. Aber auch hier war das Ergebnis mager: Der ehemalige persönliche Fahrer Brassats, ein Herr S. diente sich als Denunziant an, bezichtigte auf pathetische Weise in einem langen Bericht Brassat der Verschwendung von Benzin für private Fahrten und verwies auf das eine oder andere Trinkgelage.

In der Summe waren dies Banalitäten. Dies spiegelt sich in einem Bericht des MfS vom 10. August 1951 wider, in dem die Absetzung Brassats gefordert wurde. Die Tschekisten kommen nicht umhin, festzustellen: »Zur Arbeit des Kulturdirektors selbst ist zu sagen, dass wir ihm die Fähigkeit als solche nicht absprechen, aber die geleistete Arbeit innerhalb des Karl-Marx-Werkes ist nicht zufrieden stellend.« Das Papier selbst ist ein Amalgam aus Verdachtsmomenten und Vorwürfen und wird hier zur Erläuterung des Konflikts in Auszügen wiedergegeben:

»Folgende Tatsache gab uns Anlass den Genannten kritisch zu betrachten.

1. Es gab und besteht zum Teil heute noch eine politische Linie, nämlich die des Kulturdirektors.

2. SED-Betriebsgruppe und BGL standen vollkommen unter dem Einfluss des Genannten.

Angehörige des Werkes, die sich der Linie nicht unterwerfen, werden aus dem Werk entfernt bzw. erhalten eine Arbeit, wo sie selbst vorziehen, ihr Arbeitsverhältnis zu lösen.«

Zunächst wird auf die politische Vergangenheit Brassats Bezug genommen, die auf seinen Besuch der Wiltonpark-Schule reduziert wurde. Diese Schule wird unter Verweis auf mehre Zeugenaussagen als Agentenschule bezeichnet. Und so heißt es weiter: »Es ist uns zwar noch nicht gelungen dem Brassat eine Agententätigkeit nachzuweisen, aber eines steht fest, dass er auf Grund seiner Beherrschung des Marxismus-Leninismus sich tarnt.« »Brassat ist eine Herrschernatur und verträgt nicht im geringsten eine Kritik an seiner Arbeit und an seinem Verhalten.«

Brassat wird vorgeworfen, selbst Werkleiter werden zu wollen, ein Ziel auf das er seit seiner Ankunft in Potsdam hingearbeitet habe. Lautete der Vorwurf gegenüber Brassat noch im Mai, Kontakte zu Sozialdemokraten gehalten zu haben, wird nun von Informatoren berichtet, die »von trotzkistischer Einstellung des Kulturdirektors« sprechen. Auch wirft man ihm »Schaumschlägerei« vor, da er in der Vergangenheit viel versprochen, aber wenig gehalten habe.

Zwischen dem 28. August und dem 1. September kommt es auf einer mehrtägigen Parteileitungssitzung im Karl-Marx-Werk zum Showdown. Dabei geht der SED-Parteisekretär Jahn gleich zu Beginn in die Offensive und breitete sämtliche Vorwürfe gegen Brassat und dessen Vertraute im Betrieb aus. Ohne es explizit auszusprechen, aber für alle Anwesende mehr als verständlich, fordert Jahn dazu auf, Brassat von seiner Funktion zu entbinden. Dieser glaubt anfänglich noch, sich gegen seine Widersacher durchsetzen zu können: »Ich bin durchaus nicht einverstanden mit der Arbeitsmethode des Genossen Jahn. Wir müssen diese augenblickliche Situation schnellstens verändern, sonst muß ich, um die Partei zu alarmieren, meine Funktion in Frage stellen«, kontert Brassat. »Ich bin der Ansicht, dass in der Arbeit der Parteileitung die Methode geändert werden muß.« Der Parteisekretär könne »nicht den Betrieb leiten, die Partei kann nur helfen, durch eine gute Parteiarbeit«. »Es ist mir klar, dass eine Kaderumbesetzung im Betrieb erfolgen muß, zu der erst Beschlüsse gefasst werden müssen. Um jeden einzelnen Mitarbeiter werden wir diskutieren, bis wir zur Klarheit gelangt sind.« Er oder ich, lautet offenbar in diesem Augenblick Brassats Devise, und er ist zuversichtlich, sich in der Auseinandersetzung durchzusetzen können. Doch das umfängliche Wortprotokoll zeigt, wie Brassats Rückhalt in der Parteileitung angesichts des Drucks des Parteisekretärs schwindet. Einerseits mag sich das offenbar nicht unkomplizierte Naturell Brassats rächen, der so manchem seiner Genossen in der Vergangenheit auf die Füße getreten war. Andererseits scheinen die mit Vehemenz vorgebrachten Vorwürfe und die Regie der Versammlung den Anwesenden den Eindruck zu vermitteln, dass eine Parteinarbeit für Brassat wohl eher zum persönlichen Nachteil gereichen werde.

Und so kommt es, wie es kommen muss. Am Ende der Sitzung vom 1. September 1951 sprechen sich acht Anwesende für und 20 gegen einen Verbleib Brassats im Lokomotivenwerk aus. Brassat, »ein alter Hase in der Partei«, wie er vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam, Kaiser, am Ende der Sitzung bezeichnet wird, kommentiert den Beschluss mit parteitreuem Sarkasmus: »Ich halte meine Meinung aufrecht, ein Hemmnis muß beseitigt werden. Ich bin dafür, dass man mich auswechseln muss.« Der Umstand, dass selbst einige der Genossen, die sich für seinen Abzug aus dem Werk votieren, ihm ihre Wertschätzung aussprechen, mag ihm die Niederlage in diesem intriganten Machtkampf erleichtern. Tatsächlich muss das Abstimmungsergebnis rückblickend geradezu als ein kleiner Sieg Brassats betrachtet werden. In der Hochzeit des Stalinismus war es alles andere als selbstverständlich, dass das Opfer eines Scherengerichtes so viele Stimmen auf seiner Seite verzeichnet.

Von Potsdam-Babelsberg nach Zschopau

Zunächst scheint diese Niederlage wenig mehr als eine Episode zu sein. Aus der Kaderakte wird deutlich, dass Brassat sowohl Fürsprecher als auch verbissene Gegner hat, die sich mit seiner weiteren beruflichen Zukunft beschäftigten. Nachdem er kurzzeitig von der SED-Landesleitung als Kulturdirektor des Stahlwerkes Brandenburg in Betracht gezogen wird, spricht ihm ein Aktenvermerk vom 15. Oktober plötzlich jede Kompetenz und Zuverlässigkeit für diese Aufgabe ab. Zu diesem Zeitpunkt hat Brassat jedoch bereits seit Ende September – auf Beschluss des SED-Zentralkomitees – die Funktion des Werkleiters im DKW-Motorenwerk Zschopau übernommen, nachdem sich auch der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam, Kaiser, dafür stark gemacht hatte, Brassat eine solche Aufgabe zu übertragen, solange sie nicht in Berlin oder dessen Umland liege. Die Babelsberger Querelen sind von außen nicht mehr zu durchschauen. Als der zuständige Mitarbeiter im übergeordneten Industrieministerium später gefragt wird, wie es zur Versetzung Brassats nach Sachsen kommen konnte, antwortete er: »Wir sehen selber nicht mehr klar. Hat Brassat recht oder die Parteileitung von Babelsberg?«

Vielleicht hätte sich Brassat an seiner neuen Wirkungsstätte unbehelligt für die plangerechte Produktion von Krafträdern einsetzen können, hätte er nicht unmittelbar nach seiner Arbeitsaufnahme zwei ehemalige Kollegen aus dem Lokomotivenwerk Babelsberg nach Zschopau nachgeholt, die im Sommer 1951 mit ihm in das Schussfeld der Kritik geraten waren. Als dies in Potsdam bekannt wird, entwickelt man dort eine ungemene Verbissenheit, Brassat nun doch noch die Schlinge um den Hals zu legen, um ihm aus der Ferne das Genick zu brechen. In mehreren Briefen an die SED-Landesleitung und die Parteikontrollkommission wird ab November ein Bild gezeichnet, demzufolge Brassat eine Seilschaft zweifelhafter Elemente um sich scharen würde, was den Verdacht seiner Agententätigkeit bestärken sollte. Geschickt wird dabei auf der Klaviatur zeitgenössischer Feindbilder gespielt, indem darauf verwiesen wird, dass ein Vertrauter Brassat aus Jugoslawien stamme und der andere 1950 aus der SED ausgeschlossen worden sei.

Parallel dazu wird das MfS neuerlich aktiv. In einem ersten Bericht der zuständigen Dienststelle Flöha von Januar 1952 werden sämtliche in Potsdam formulierten Vorwürfe gegenüber Brassat nochmals zusammengefasst. Das Zusammenwirken Brassats mit seinen zwei Gefolgsleuten wird als »evtl. ein gefährlicher Herd« bezeichnet. Auch in Zschopau gebe es Anzeichen für Brassats »Herrschnatur«. Allerdings heißt es in dem Papier auch: »In den wenigen Wochen seines Hierseins konnte aber noch nicht festgestellt werden, dass Br. bewusst versucht, schädigend zu wirken. Im Gegenteil, bis heute kann ihm eine Initiative in Bezug auf Produktionssteigerung, organisatorische Fähigkeiten und Antrieb des politischen Lebens im Werk, nicht abgesprochen werden. In moralischer Hinsicht

sind noch keine Anzeichen nachteiliger Art über ihn vorhanden.« Doch in der Umkehrung des Prinzips »Im Zweifel für den Angeklagten« heißt es weiter: »Wenn wir aber wissen, wie Agenten, Opportunisten zu arbeiten pflegen, dürfen wir uns keinesfalls blenden lassen von der oftmals positiv erscheinenden Arbeit solcher Menschen.«

Einen Monat später beschließt man in der MfS-Dienststelle Flöha einen operativen Vorgang zu Brassat anzulegen, der indes von den übergeordneten Stellen mangels konkreter Beweise für seine Agententätigkeit nicht registriert wird. Im März teilt die Kaderabteilung des ZK der SED-Landesleitung Potsdam mit, man habe die Betriebsparteiorganisation in Zschopau aufgefordert, sich mit dem Verhalten Brassats zu beschäftigen. Danach sei in der Kaderabteilung zur Auffassung gelangt, dass Brassat unter Umständen »in seiner Funktion verändert werden« müsse und solange nicht »in unmittelbar leitenden Funktionen tätig sein« könne, bis man wieder Vertrauen zu ihm gefasst habe. Derweil bekräftigt die Stasi in einem Vermerk ihre Absicht, »ihn als Agenten des englischen Geheimdienstes zu entlarven«. Mittlerweile ist einer der beiden Mitarbeiter, die Brassat nach Zschopau geholt hatte, entlassen und der andere in eine Außenstelle des Betriebes nach Berlin versetzt worden.

Die Lage spitzt sich zu

Im August 1952 eskaliert die Angelegenheit. Nachdem Brassat am 30. Juli seinen vierwöchigen Sommerurlaub antritt, wird im Betrieb kurzfristig zum 5. August eine Leitungssitzung der Betriebsparteiorganisation einberufen, zu der Brassat trotz Einladung nicht erscheint. Auch bleibt er einer weiteren Mitgliederversammlung am 19. August fern. Dort wird in Anwesenheit von Vertretern des Lokomotivenwerkes Babelsberg ein stalinistisches Femegericht über den Abwesenden abgehalten. Anders als im Jahr zuvor in Potsdam gibt es keine Fürsprecher mehr. Im Zentrum der gegen Brassat erhobenen Vorwürfe steht die Verwendung von 23 000 DM aus dem so genannten Direktorenfonds, um den Betrieb des erst Ende 1951 eingerichteten Kulturhauses »Finkenburg« aufrechtzuerhalten, das von Beginn an rote Zahlen erwirtschaftete. Versucht man zwischen den Zeilen zu lesen, scheint die Finkenburg damals tatsächlich nicht mehr als eine subventionierte Kneipe mit Gästezimmer gewesen zu sein, in der eine Kapelle zum Tanz aufspielte und in der Brassat zu allem Überflusse auch noch sein Quartier bezogen hatte. Diese Dinge allein würden kaum dazu ausreichen, um Brassat das Genick zu brechen. Und so wird ein Konstrukt aus angeblicher »Verschleuderung von Volkseigentum«, Frauengeschichten, Alkoholkonsum, Agentenverdacht geschaffen, um das gewünschte Ziel zu erreichen: Am Ende der Sitzung sprechen sich die Mitglieder der Betriebsparteiorganisation einstimmig dafür aus, Brassat

aus der SED auszuschließen. Zugleich soll im zuständigen Fachministerium die Entlassung Brassats in die Wege geleitet werden, der seit Urlaubsantritt in Berlin von der Staatssicherheit beobachtet wird. Brassat ahnt offenbar nicht, was sich da gegen ihn zusammenbraut. Am 20. August wird er in Ostberlin ins zuständige Industrieministerium gerufen, wo man ihm offenbar in Aussicht stellt, ihn aus Zschopau abzuziehen und in einem Berliner Betrieb einzusetzen. Da es Brassat seit Herbst 1951 gelungen war, die Produktionsvorgaben seines Betriebes weitgehend einzuhalten, erscheinen ihm die in Zschopau gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nachrangig.

Doch jetzt überschlägt sich die Entwicklung: Am 21. August tagt der Kreis-Kontrollausschuss in Flöha und beschließt, Brassat aufgrund seines »verantwortungslosen« Umgangs mit dem Direktorenfonds verhaften zu lassen. Noch am gleichen Abend wird er von der Kriminalpolizei Flöha festgesetzt, nachdem er nichts ahnend nach Sachsen gereist war.

Brassat wird in den darauf folgenden Tagen keineswegs nur von der Polizei, sondern auch von Vertretern der SED-Bezirksparteikontrollkommission in der Haft befragt. Aus den Stellungnahmen und Briefen, die Brassat in seiner Zelle verfasst, geht einerseits seine Fassungslosigkeit hervor, inhaftiert worden zu sein bzw. vor dem Parteiausschluss zu stehen. Andererseits wird deutlich, dass Brassat – der sich keiner Schuld bewusst ist – nach wie vor davon ausgeht, dass sich alles zum Guten wenden wird. Am 9. September bestätigt die SED-Bezirksleitung Chemnitz den Beschluss der BPKK vom 5. des gleichen Monats, Brassat aus der Partei auszuschließen. Für Brassat, der für seine Partei Zeit seiner Jugend gekämpft und für sie im Nationalsozialismus gelitten hatte, ist dies ein schwerer Schock, gegen den er sich mit allen Kräften wehrt, auch symbolisch: Nachdem er – vielleicht doch in Voraussicht – ohne sein Parteibuch nach Sachsen gereist war, weigern sich er und seine in Berlin wohnhafte Frau bis Anfang Januar 1953 standhaft, das Dokument der Partei auszuhändigen.

Am 11. November 1952 wird Brassat vor dem Kreisgericht Zschopau der Prozess gemacht. Das Protokoll einer Besprechung in der Bezirksparteikontrollkommission, die sieben Tage nach dem Verfahren im Beisein des Richters und des Staatsanwaltes stattfindet, gibt noch mehr als 50 Jahre später die Fassungslosigkeit der Anwesenden über den Prozessverlauf wieder. Richter Kasper wird darin zitiert: »Ich war von dem Auftreten Brassats überrascht, es war für mich ein Erlebnis. Brassat sprach von 10.30 Uhr, unterbrochen von einer eineinhalbstündigen Pause, bis 14 Uhr und schilderte sein Leben und seine Verdienste für die Arbeiterbewegung.«

Nach Einschätzung aller Beobachter erschien Brassat dort – wie es im Protokoll hieß – als »der Verhandlungsführende und nicht der Angeklagte«. Der Staatsanwalt und der Richter beeilen sich, in der Besprechung zu betonen, dass Brassats mehrfache Hinweise, dass er »ganz gleich wie der Prozess verlaufen werde,

die gesamte Angelegenheit erneut aufrollen werde« und dabei öfters die Namen Matern und Dahlem habe fallen lassen, keinen Einfluss auf seinen Freispruch gehabt hätten. Der Angeklagte habe nie allein über die Verwendung der Direktorenmittel entschieden, die Zeugen hätten sich sehr zurückhaltend geäußert und das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums, mit seinen Gummiparagraphen, sei erst am 2. Oktober in Kraft getreten. Für die BPKK steht jedenfalls fest, »daß hier ein rein formales, von der Meinung der Arbeiter losgelöstes Urteil gesprochen« worden sei, das in der Belegschaft des Motorradwerkes – so wird behauptet – Empörung hervorgerufen habe. Und so steht am Ende des Protokolls zu lesen: »Es muß daher ernstlich erwogen werden, in welcher Form der Prozess Brassat erneut aufgerollt werden kann, da das gefällte Urteil den Interessen der Arbeiterklasse nicht entspricht und ein Zurückweichen des Gerichts vor der geistigen Überlegenheit Brassats darstellt.«

Der Kampf um die Rehabilitierung

Brassat kehrt am Tag nach seinem Freispruch nach Berlin zurück. In den folgenden Wochen setzt er alles daran, auch den Parteiausschluss zu revidieren. Am 7. Januar 1953 wird er bei Matern vorstellig und hinterlegt – als Zeichen seines guten Willens – nun auch sein Parteibuch im Haus des Zentralkomitees. Am 6. März erhebt Brassat in einem weiteren Schreiben an Matern nochmals Einspruch gegen seinen Ausschluss. Was er nicht weiß: Mittlerweile hatte die Generalstaatsanwaltschaft am 10. Februar das Urteil des Kreisgerichtes Zschopau kassiert und davon die ZPKK in Kenntnis gesetzt. Am 7. März 1953 wird Brassat erneut inhaftiert. Diesmal retten ihn nicht seine rhetorischen Fähigkeiten, sondern die Zeitläufte vor dem sicher scheinenden Urteil. Noch bevor es zum Prozess kommt, muss die SED-Führung auf Weisung der Sowjets Anfang Juni 1953 den »neuen Kurs« verkünden und den Klassenkampf gegen die eigene Bevölkerung einschränken. Hinzu kommt der Volksaufstand vom 17. Juni. Im Gefolge dieser Entwicklung wird das Verfahren gegen Brassat noch im gleichen Monat eingestellt, weil – wie es in den Akten heißt – »ein Strafmaß über 3 Jahre nicht in Frage kam«.

Nach seiner neuerlichen Freilassung drängt Brassat umso vehementer auf eine politische Rehabilitierung. Mitte Oktober wendet er sich zudem mit einer Eingabe an den DDR-Staatspräsidenten, Wilhelm Pieck, in dem er sein Schicksal schildert und sich darüber beschwert, dass er nicht entsprechend seiner Qualifikation eingesetzt werde. Die Präsidialkanzlei reicht die Eingabe nicht nur an den Vorsitzenden des Rates des Stadtbezirkes weiter, in dem Brassat wohnhaft ist, sondern am 6. November auch an die ZPKK. Sofort wird Brassat zur Rücksprache ins ZK einbestellt. Mitte Dezember reisen ZPKK-Mitarbeiter nach Zschopau, um

die Angelegenheit vor Ort zu beraten. Doch die Partei bleibt hartleibig. Am 21. Dezember bestätigt die ZPKK Brassats Parteiausschluss, der ihm jedoch erst im April 1954 zur Kenntnis gegeben wird. Dreißig Jahre nachdem Brassat als damals Neunzehnjähriger der KPD beigetreten war, scheint ihn seine politische Heimat endgültig verstoßen zu haben.

Zumindest billigt ihm der SED-Staat zum Jahresende eine neue Arbeit im VEB Berliner Bremsenwerk zu. Zunächst als Sachbearbeiter eingestellt, leitet er ab September 1954 bereits die Abteilung Organisation. In seiner Stasiakte finden sich einige wenige Stellungnahmen zu seiner Person, die überwiegend positiv sind. Auch ein Ermittlungsauftrag des MfS vom 1. Dezember 1955 über den Leumund und das Verhalten Brassats führt zu keinem nachteiligen Ergebnis. Allerdings lässt der Hintergrund dieses Auftrages bereits neue Schwierigkeiten erahnen, heißt es doch dort lapidar: »betreibt im Betrieb Fraktionsmacherei«.

Die Entstalinisierungskrise

Es ist die Zeit der Entstalinisierung, die nach der Abrechnung Chruschtschows mit Stalins Verbrechen auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 auch die SED vor das Problem stellt, wie mit der eigenen, jüngsten Geschichte umgegangen werden soll, in der so viele Menschen auf der Strecke geblieben waren. Es vermag wenig zu überraschen, dass Brassat diese Entwicklung gebannt verfolgt. Auch wenn die Geheimrede Chruschtschows in der DDR nicht veröffentlicht wird, weiß ein jeder Genosse, der es wissen will, ob ihrer Inhalte. Dafür sorgt schon die westliche Berichterstattung bzw. Propaganda. Im März 1956 gibt ein informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit folgendes zu Protokoll: »Bei einer Unterhaltung über den XX. Parteitag der KPdSU in einem Lokal sagte B., das ganze ZK der KPdSU sind alles Strolche, weil sie keine kämpferische Politik zur Zeit des Gen. Stalin betrieben haben und müssten alle abgelöst werden. Über den Stalin sagte B. er ist ein Verbrecher, weil er die Trotzlisten entlarvt hat. In der gleichen Art sprach B. auch über unser ZK, der Gen. Ulbricht ist genauso ein Strolch, durch ihn sind auch viele eingesperrt worden. Über die Funktionäre im Betrieb sprach B. ebenfalls abfällig, der Gen. Zillgitt wird sich durch seine Überheblichkeit selbst das Genick brechen, ebenfalls der Arbeitsdirektor Gen. Behm. Die ganze Parteiorganisation im Betrieb mit dem Gen. Seidel an der Spitze taugt überhaupt nichts. B. sagte anschließend zu Z., wenn ich hier was zu sagen hätte, ich würde schon aufräumen und eines Tages kommt die Abrechnung für alle.«

Zunächst hat dieser Bericht keine Konsequenzen. Im Gegenteil: Brassat gelingt es endlich, seine politische Rehabilitierung durchzusetzen. Am 1. August 1956 beschließt die ZPKK, seinen Parteiausschluss aufzuheben und erklärt seine Mitgliedschaft als ununterbrochen. Offenkundig kommt es zu diesem Zeitpunkt in

der Angelegenheit Brassat zu keiner Rückkopplung zwischen Partei und Staatssicherheit.

Binnen kürzester Frist schafft es Brassat, sich in der Betriebsparteiorganisation immer größeren Rückhalt zu verschaffen und im Februar nicht nur in die Parteileitung aufzurücken, sondern alsbald auch in die Funktion des stellv. Arbeitsdirektors. Brassat wird zum Strippenzieher. Er taktiert geschickt und versteht es, im Hintergrund zu bleiben. Im Juli 1957 wird der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Heinz Seidel, von der SED-Grundorganisation des Betriebes beurlaubt. Ihm wird vorgeworfen, das Prinzip der Kollektivität in der Parteiführung, das seit dem XX. Parteitag wieder hochgehalten wird, verletzt und einen unqualifizierten Kader gegen alle Kritik verteidigt zu haben. Der Beschluss wird ohne vorherige Rücksprache mit der Werksleitung oder der SED-Kreisleitung getroffen.

In den übergeordneten Parteinstanzen bricht Hektik aus. Eine Untersuchung wird anberaumt, deren Ergebnis am 1. November auf der Mitgliederversammlung der SED-Betriebsparteigruppe vorgetragen wird. Das knapp 30 Seiten umfassende Dokument spiegelt einerseits die Hypersensibilität wider, mit der der SED-Apparat auf die Entstalinisierungsdebatte reagiert, die vom Westen aus mit Bedacht befördert wird. Andererseits vermag man – bei aller quellenkritischen Vorsicht – anhand dieses Papiers wie auch anhand der anderen Untersuchungsunterlagen aufzuzeigen, wie an der Parteibasis die Frage der Entstalinisierung virulent ist. Der Untersuchungsbericht ist ein Frontalangriff auf Brassat, dessen »Orientierung und ideologische Plattform« als »falsch und schädlich für die Partei« bezeichnet wird. Namens der Kreisleitung heißt es explizit: »Wir erklären mit vollem Nachdruck, es gab und gib niemals in unserer Partei einen Kampf gegen Stalinisten. Die Führung unserer Partei und auch die unteren Kader der Partei arbeiten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, den auch der Gen. Stalin bereicherte. Tagtäglich trommelt der Klassenfeind mit seiner Losung ›Weg mit den Stalinisten aus der SED‹ seine Spitze richtet sich aber besonders gegen den Genossen Ulbricht«.

Der Kommissionsbericht trägt alle verwertbaren Zitate Brassats zusammen, die von seinen Kollegen im Laufe der Untersuchung kolportiert wurden:

»Wir müssen ein Beispiel der Auswertung des 20. Parteitages schaffen. Denkt ihr, dass der 20. Parteitag so spurlos vorübergehen wird?«

»Gen., was liest Du? Du musst Gomulkas Referat lesen, die machen es richtig.«

»Gen. Seidel ist ein Kind des Personenkultes.«

Ein Teilnehmer der Versammlung berichtet, Brassat habe zu ihm gesagt, »Matern ist der Mann, der über Leben und Tod entscheidet. Er kann sich nicht geändert haben in der Zeit, er hat hunderte von Genossen auf dem Gewissen, der muss weg.«

Nachdem in 24 Diskussionsbeiträgen die schmutzige Parteiwäsche nochmals gründlich gewaschen wurde, stimmen schließlich 123 Anwesende dafür, den

vormaligen Parteisekretär wieder in seine alte Funktion einzusetzen, einer Reihe von Parteimitgliedern die Missbilligung auszusprechen und die KPKK aufzufordern, gegen Brassat ein Parteiverfahren zu eröffnen. Dieser hatte im Verlauf der Diskussion die Zeichen der Zeit erkannt und seine Überzeugung geäußert, dass er wohl mit einer harten Strafe rechnen müsse, wenngleich er den Vorwurf der Cliquenbildung, der den Ausschluss nach sich ziehen würde, vehement bestreitet und im Nachgang der Sitzung zu widerlegen beabsichtige.

Der zweite Parteiausschluss

Brassat verabschiedet sich nach der Sitzung zunächst in den Krankenstand. Am 10. Dezember wird er in die Kreispartei-Kontrollkommission geladen, die ihn am Ende des Gespräches auffordert, u. a. zu den Stichworten Hermann Matern, Ungarn und XX. Parteitag nochmals bis zum 17. Dezember schriftlich Stellung zu beziehen. Der Termin verstreicht, ohne dass Brassat dieser Aufforderung nachkommt. Brassat wird nochmals am 4. Januar 1958 in die KPKK einbestellt und die Frist, bis zu der er sich gegenüber der Partei in den genannten Punkten schriftlich erklären soll, auf den 7. Januar verlängert. Als im Verlauf jenes Tages seine Stellungnahme nicht im Parteibüro eingeht, schließt die KPKK Brassat zum zweiten Mal aus der SED aus. Dann kommt doch noch die geforderte Rückmeldung Brassats. Mit seinem Schreiben vom 7. Januar verwahrt er sich entschieden gegen die erhobenen Vorwürfe. Daraufhin bestellt die Bezirkspartei-Kontrollkommission Brassat Anfang Februar nochmals zu einem weiteren Gespräch ein. Vertreter jener Partei, die Brassat zu Beginn des Jahrzehnts mit konstruierten Beschuldigungen nicht nur schon einmal aus den eigenen Reihen ausgeschlossen, sondern auch zweimal ins Gefängnis gebracht hatte, notieren im Gesprächsvermerk – fast wirkt es flehentlich: »Ihm wurde gesagt, dass er doch zu seinen Fehlern Stellung nehmen soll und nicht immer wieder versuchen sollte, andere anzugreifen. [...] Die Partei wird keinen Genossen zurückweisen, der sich von Fehlern, die er in der Vergangenheit gemacht hat, ehrlich distanziert. Aber Ehrlichkeit muss verlangt werden.« Wiederum wird Brassat aufgefordert, eine selbstkritische Stellungnahme zu übermitteln. Unter dem Eindruck des 35. Plenums des ZK der SED, das kurz zuvor den Kaderchef der SED, Karl Schirdewan und andere Spitzenfunktionäre wegen angeblicher parteifeindlicher Fraktionsbildung geschasst hatte, betont Brassat nochmals ausdrücklich, dass er »an keiner Fraktionsarbeit teilgenommen habe«, dass er »grundsätzlich jede Fraktionsarbeit ablehne« und – damit schließt er sein Schreiben – »dass ich mich durch keinerlei Verleumdungen von der Linie der Partei abdrängen lasse«. Zu der eingeforderten Selbstkritik ist Brassat, mittlerweile 53 Jahre alt und offenkundig der Kämpfe in der Partei müde, nicht mehr bereit.

Mit Beschluss vom 2. Mai 1958 wird Brassat daraufhin endgültig aus der SED ausgeschlossen. Anders als im Jahre 1952 zögert dieser nicht mehr, sein Parteibuch der SED zurück zu geben.

Die Loslösung von der Partei

Acht Jahre gehen ins Land, bis Rudolf Brassat am 21. Februar 1966 in fünf dürren Zeilen an die BPKK die Bitte richtet, »die Vorgänge, die zu meinem Ausschluss aus der Partei führten«, zu prüfen. Mittlerweile ist er im VEB Stern Radio Berlin beschäftigt. Seine »Anfrage über die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens« scheut indes jede Formulierung, die den Eindruck erwecken könnte, es handle sich dabei um ein Herzensanliegen. »In Übereinstimmung mit Genossen, im besonderen ihrer berechtigten Forderung zur politischen Mitarbeit nachkommend« bittet er die Partei mit sozialistischem Gruß um eine Stellungnahme. Ein Mitarbeiter der BPKK fertigt eine interne Stellungnahme an, in der zu lesen steht: »Von der damaligen Untersuchungskommission und auch von der BPKK wurde eingeschätzt, dass Rudolf Brassat schon seit seinem Ausscheiden aus dem Apparat des ZK unzufrieden war, das verstärkte sich noch durch seine zweimaligen Verhaftungen 1952 und 1953. Er fühlte sich immer als Märtyrer und trat auch immer so auf. Seine Überheblichkeit hinderte ihn einzugestehen, dass er Fehler gemacht hat. Trotz seines schwerwiegenden Fehlers bestand nicht die Absicht, ihn 1957 aus der Partei auszuschließen. Allerdings wurde verlangt, dass er sich schriftlich von seinen Handlungen bzw. Aussprüchen distanziert und eine klare Stellungnahme zu seiner Einstellung zur Partei abgibt. In den Stellungnahmen legte er sich aber nicht fest.« Vor einer Wiederaufnahme in die Partei müsse Brassat sein damaliges Verhalten erklären und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen erläutern.

Am 15. März 1966 wird Brassat in der BPKK dazu aufgefordert ein schriftliches Wiederaufnahmegesuch zu stellen, in dem er zum Ausdruck bringen solle, »dass er sich von seiner früheren Haltung distanziert«. Brassat erklärt sich damit einverstanden. Auf der Aktennotiz des BPKK-Vorsitzenden findet sich eine kleine, leider undatierte handschriftliche Notiz: »B. hat sich nicht wieder gemeldet«. Es ist der vorletzte Eintrag in Brassats Parteikontrollakte, die im Berliner Landesarchiv liegt. Das letzte Aktenstück wurde zu Beginn dieser biographischen Skizze zitiert.

In Brassats Kaderakte, die in Berlin-Lichterfelde, in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv, eingesehen werden kann, findet sich als letztes Dokument die Todesanzeige Brassats, die am 8. April 1983 im *Neuen Deutschland* erscheint. Dort steht zu lesen: »Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen! Am 26. Februar 1983 schloss im Alter von 78 Jahren mein

guter VdN-Kamerad Rudolf Brassat, Träger der Medaille »Kämpfer gegen den Faschismus 1933 bis 1945« sowie weiterer staatlicher und gesellschaftlicher Auszeichnungen seine Augen für immer.« Die Anzeige zeichneten die »Kameradin« Elfriede Müller, Irmgard Brassat und Reiner Brassat. Brassat fand seine letzte Ruhe am 20. April 1983 im VdN-Ehrenhain des Friedhofs III in Berlin-Pankow.